

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 27. Mai 2024; Bericht**

Am 27. Mai 2024 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine sowie die Lage im Nahen Osten. Zudem fand ein informeller Austausch mit den Außenministern Ägyptens, Jordaniens, Katars und Saudi-Arabiens sowie der stellvertretenden Ministerin für politische Angelegenheiten der Vereinigten Arabischen Emirate und dem Generalsekretär der Arabischen Liga statt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurde vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell die aktuelle Situation in Georgien angesprochen. HV/VP Josep Borrell verwies auf die geplante finale parlamentarische Abstimmung über das Gesetz zur Transparenz von ausländischer Einflussnahme. Einige EU-Mitgliedstaaten forderten eine deutliche EU-Reaktion sowie die Ausarbeitung eines Optionenpapiers mit möglichen nächsten Schritten und die Behandlung des Themas beim nächsten RAB im Juni.

In der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine informierte der per Video zugeschaltete ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba über die rezente Eskalation durch Russland, einschließlich Angriffe auf zivile Ziele. Benötigt würden neben Waffenlieferungen auch Finanzierung für die ukrainische Rüstungsproduktion sowie ein entschiedenes Auftreten gegen russische Provokationen. Konkrete Resultate im Juni sollten die EU-Sicherheitszusagen sowie die erste Beitrittskonferenz sein. Zum Friedensgipfel in der Schweiz seien weiterer Outreach und ein Entgegenreten gegen Friedenspläne auf Basis der russischen Sichtweise nötig. Die EU-Mitgliedstaaten sprachen außerdem die Nutzung der Erträge immobilisierter russischer Vermögenswerte, den Friedensgipfel in der Schweiz, die EU-Sicherheitszusagen, Erweiterung sowie die rezenten russischen Provokationen in der

Ostseeregion an. Mehrere Mitgliedstaaten forderten eine rasche Annahme des 14. Sanktionspakets.

Im Rahmen des Tagesordnungspunkts zur Lage im Nahen Osten fand ein informeller Austausch mit dem Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien Faisal bin Farhan als Saud, dem katarischen Außenminister Mohammad Al-Thani, dem jordanischen Außenminister Ayman Safadi, dem ägyptischen Außenminister Sameh Shoukry, dem Generalsekretär der Arabischen Liga Ahmed Aboul Gheit sowie der stellvertretenden Ministerin der Vereinigten Arabischen Emirate Lana Nusseibeh statt. Die arabischen Partner stellten die „*Arab Vision on the Development of the Palestinian Cause*“ vor, welche Ideen für einen Weg aus dem Konflikt geben sollte, und betonten, dass es nicht um einen Plan gegen Israel gehe, sondern vielmehr um Sicherheit für Israel und Palästina durch eine Zwei-Staaten-Lösung. Es sollte diskutiert werden, wie ein Zusammenbruch der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), der auch die israelische Sicherheit gefährden würde, verhindert werden könne. Zudem wolle man mit der EU und den EU-Mitgliedstaaten zu humanitärem Zugang und der Frage einer Konferenz zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung zusammenarbeiten. Die EU-Mitgliedstaaten betonten das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung, eines Waffenstillstands sowie der Freilassung der Geiseln. Im Lichte der Diskussion mit den arabischen Partnern unterstrich HV/VP Josep Borrell u.a. die Umsetzung der vorläufigen Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofs, Sicherstellung des Zugangs der PA zu den ihr zustehenden Steuereinnahmen sowie Verhinderung der Benennung von UNRWA als terroristische Organisation. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den arabischen Partnern gelte es, auch im Lichte der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 22. März, für Diskussionen auf höchster politischer Ebene einzutreten. Die mögliche Wiedereinsetzung der EUBAM Rafah sollte in Abstimmung mit allen relevanten Akteuren erfolgen.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

02. Juli 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.  
Bundesminister